

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Klimaschutz, Mobilität und Planung
am Montag, dem 15.05.2023, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:00 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht der Verwaltung	5
3.	Machbarkeitsstudie zum Autonomen Fahren	110/2023 7
4.	Vorstellung Öko-Modellregion	111/2023 9
5.	Geothermie im Münsterland - Ergebnisse der seismischen Untersuchungen	031/2023 11
6.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion "ÖPNV im ländlichen Raum, Ausbildung von Busfahrern"	109/2023 13

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Blex, Christian, Dr.	
Budde, Heinrich	
Claßen, Anne	
Dufhues, Hannelore	
Grap, Valeska	
Grobecker, Hubert	
Gutsche, Guido	
Hamann, Maria	
Heringloh-Poll, Norbert	
Maschelski-Werning, Sophia L.	
Ommen, Detlef	
Schlösser, Ulrich	
Schmedding, Josef	
Tegelkämper, Paul	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
stellv. Ausschussmitglieder	
Lorenz, Thomas	Vertretung für Herrn Konrad Richter
Marx, Burkhard	Vertretung für Herrn Rosenbaum
Nienkemper, Dorothea	Vertretung für Herrn Lepper
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Hackelbusch, André	
Kalthoff, Manuela	
Schlotmann, Vera	
Terwey, Martin	
Gäste	
Balssen, Gesa	
Brokinkel, Bernd	
Kanand, Christine, Dr.	
Rabe, Juliane	
Schäfer, Ingo	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Ströse, Dana

Der Ausschussvorsitzende, Herr Guido Gutsche, eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung mit der Einladung vom 05.05.2023 fristgerecht erfolgt ist.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen, da kein Einwohner / keine Einwohnerin anwesend ist.

2. Bericht der Verwaltung

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK) des Kreises Warendorf

Herr Dr. Bleicher begrüßt die Anwesenden und erklärt, dass alle 5 – 10 Jahre die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes erfolgen müsse. Derzeit werde das AWK von der AWG mit den Städten und Gemeinden abgestimmt. Anschließend werde das Abfallwirtschaftskonzept im Ausschuss vorgestellt.

Einführung Deutschlandticket

Herr Dr. Bleicher berichtet, dass das Deutschlandticket gut angenommen werde und es ca. 22 % Neukunden gebe.

Er erklärt, dass noch viele offene Fragen zur weiteren Finanzierung des Deutschlandtickets zu klären seien und stellt kurz die drei Phasen der Finanzierung dar:

1. Phase bis 30.09.2023
Gesetzliche Regelung zur Finanzierung und Aufteilung
2. Phase bis 31.12.2023
Weiterhin Bund-Länder-Finanzierung allerdings muss der Kreis die Sorge tragen, dass die Mittel entsprechend eingesetzt werden.
3. Phase ab 01.01.2024
Es stellt sich die Frage, was im Jahr 2024 passiert, wenn die vom Bund und den Ländern zur Verfügung gestellten 3 Milliarden Euro nicht ausreichen.

Abschluss weiterer Not-ÖDA im Zusammenhang mit der Zuwendung Deutschlandticket und den Billigkeitsleistungen nach den Richtlinien Energiekostensteigerung ÖPNV

Hierzu führt Herr Dr. Bleicher aus, dass auf Basis des Kreistagsbeschlusses zum Rettungsschirm im Jahr 2021 entsprechende Verträge (z. B. Not-ÖDAs) abgeschlossen werden sollen, damit die entsprechenden Mittel, die vom Land zur Verfügung gestellt werden, auch an die eigenwirtschaftlichen Unternehmen weitergeleitet werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Ommen (SPD) erklärt Dr. Bleicher, dass derzeit noch an einer Lösung für das MobiTicket und Schülerticket gearbeitet werde. Er kündigt eine entsprechende Vorlage zur Förderung des MobiTickets für die nächste Ausschusssitzung an.

Herr Terwey erklärt auf Nachfrage von Frau Grap (B'90/Grüne), dass der Einführung eines Jobtickets für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung tarif- und beamtenrechtliche Bestimmungen entgegenstehen.

Herr Ommen (SPD) regt an, dass die Akquirierung von Fördergeldern für die Einrichtung einer Wasserstofftankstelle, obwohl der Kreis keinen Zuschlag für die Highper-

former-Förderung erhalten habe, vorangetrieben werden solle. Herr Dr. Bleicher erklärt, dass der Kreis im engen Austausch mit den anderen Kreisen stehe und die Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten im Blick behalte, da die Einrichtung einer Wasserstofftankstelle wesentliche Voraussetzung für den Einsatz von Wasserstoffbussen im Kreis Warendorf sei.

Vorabbekanntmachungen Linienbündel WAF 2 und WAF 6

Herr Terwey führt aus, dass derzeit die Vorabbekanntmachung der Linienbündel WAF 2 und WAF 6 laufe. Wenn daraufhin kein eigenwirtschaftlicher Antrag eingehe, werde anschließend die Ausschreibung der Linienbündel erfolgen und ein Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDA) mit dem Verkehrsunternehmen geschlossen.

3. Machbarkeitsstudie zum Autonomen Fahren

110/2023

Der Ausschussvorsitzende, Herr Gutsche (CDU) begrüßt Frau Balssen, Projektleiterin MOBILE ZEITEN.

Frau Balssen begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt anhand der beigefügten Präsentation die Machbarkeitsstudie zum autonomen Fahren vor.

Sie erklärt das Verfahren zur Auswahl der Strecken, welche für das autonome Fahren in Betracht kommen könnten und stellt dar, dass man im ländlichen Raum schneller an Grenzen stoße. Allerdings hebt sie hervor, dass automatisierte Verkehre eine Chance bieten könnten personelle Ressourcen und Kosten zu sparen.

Frau Balssen stellt dar, dass gemeinsam mit RVM die Eignung von einer Vielzahl von Strecken im Kreis Warendorf geprüft worden sei, und im Ergebnis zwei Strecken vom Sendenhorster Bahnhof zum St. Josef-Stift näher betrachtet wurden. Sie hebt hervor, dass die autonome Mobilität kommen werde, die Entwicklung allerdings noch etwas Zeit in Anspruch nehme.

Sie weist auf das Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes (Gesetz zum autonomen Fahren) aus dem Jahr 2021 und der Durchführungsverordnung zu diesem Thema hin.

Frau Balssen empfiehlt, die derzeitige Entwicklung weiter zu beobachten und abzuwarten bis die Technik das Level 4 erreicht habe. Autonomes Fahren müsse im ÖPNV ein Thema sein, da dieser künftig evtl. mit privaten Anbietern von Robo-Taxis konkurrieren müsse.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei Frau Balssen für die Präsentation und weist auf einen Presseartikel zum Thema Fahrermangel hin. Es sei für ihn durchaus vorstellbar, entstehende Lücken durch autonomes Fahren auszugleichen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Blex (AfD) erklärt Frau Balssen, dass die, im Rahmen der Studie, untersuchten Strecken eine Länge von zwei Kilometern aufweisen.

Frau Nienkemper (FWG) erkundigt sich nach der Vorstellung des Movers der Fa. Holon und der Erforderlichkeit eines flächendeckenden 5G-Netzes.

Daraufhin erklärt Frau Balssen, dass der Mover ohne die entsprechende technische Sensorik auf der Messe in den USA vorgestellt worden sei und führt an, dass ein flächendeckendes 5G-Netz den Transport der Datenmenge vereinfachen würde.

Herr Schmedding (CDU) weist daraufhin, dass zur Umsetzung des Projektes das Netz verbessert werden müsse. Er regt an, am Thema dranzubleiben und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Herr Ommen (SPD) stellt heraus, dass es wichtig sei, sich mit dem Thema vertraut zu machen. Er hebt die Notwendigkeit der Integration in ein bestehendes Verkehrsnetz hervor. Aus seiner Sicht könne z. B. die verkehrstechnische Anbindung des

Krankenhaus in Sendenhorst für Patienten, Besucher und Belegschaft eine große Bedeutung im Zusammenhang mit dem autonomen Fahren spielen. Allerdings müsse die Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden sein.

Herr Grobecker (B'90/Grüne) bedankt sich und erkundigt sich nach der zeitlichen Perspektive bis zum Einsatz eines entsprechenden Fahrzeuges im Kreis Warendorf.

Frau Balssen erklärt, dass es schwierig sei, eine konkrete Zeitschiene zu nennen. Allerdings seien die Hersteller gezwungen, weiterzukommen. Sie ergänzt, dass einige Hersteller erklärt hätten, dass sie drei Jahre bräuchten. Sie führt weiter aus, dass der Einsatz vollautonom fahrender Busse zur Einsparung von Fahrpersonal führen könne. Die Leitstelle müsse dementsprechend eingerichtet und mit fachlich qualifizierten Personal ausgestattet werden. Ob insgesamt Personal eingespart werden könne, hänge von der Relation vom Fahrpersonal zu Mitarbeitenden in der Leitstelle ab. Ebenso sei noch nicht abschließend bekannt, welche Qualifizierung die Mitarbeiter der Leitstelle haben müssen.

Frau Nienkemper (FWG) wirft ein, dass sich das Autonome Fahren auch auf Schienenfahrzeuge beziehe. Hierauf entgegnet Frau Balssen, dass autonomes Fahren auf der Schiene bereits möglich sei, da es sich um ein geschlossenes System handle. In einem Mischsystem sei es aufgrund der Herausforderungen, die andere Verkehrsteilnehmer darstellen, deutlich schwieriger.

Dr. Bleicher stellt noch einmal heraus, dass der ÖPNV Thema der Kreise sei und dass der SPNV in anderer Zuständigkeit – nämlich des NWL – liege. Er stellt heraus, dass es jetzt schon wichtig sei, zu prüfen wo und wie autonomes Fahren Sinn mache und in den Verkehr integriert werden könne.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. Vorstellung Öko-Modellregion

111/2023

Herr Dr. Bleicher begrüßt die beiden Projektleiterinnen Frau Dr. Kanand und Frau Rabe vom Münsterland e. V.

Frau Dr. Kanand und Frau Rabe stellen sich kurz vor und erklären, dass das Münsterland die fünfte und größte Öko-Modellregion sei. Ziel sei u. a. die Erhöhung des Anteils ökologisch-bewirtschafteter Flächen.

Anhand der beigefügten Präsentation erläutern die beiden Projektleiterinnen, die Zusammensetzung und Ziele des Projektes.

Frau Dr. Kanand erklärt, dass die Öko-Modellregion aus den vier Kreisen und der Stadt Münster bestehe. Ziele seien die Herstellung und Vermarktung ökologisch erzeugter Lebensmittel. Ebenso die Unterstützung aller Biosiegel. Allerdings solle auch die konventionelle Landwirtschaft unterstützt werden. Es gelte Netzwerke zu schaffen und Lücken entlang der bioregionalen Wertschöpfungsketten zu schließen. Frau Rabe erklärt die einzelnen Projektschritte und hebt zwei Betriebe aus dem Kreis Warendorf als Vorreiter in diesem Projekt hervor.

Im Anschluss bedankt sich Herr Ommen (SPD) bei Frau Dr. Kanand und Frau Rabe und regt an, dass eine Fortführung des Projektes, über den Projektzeitraum von drei Jahren hinaus, lohnenswert sei. Er hebt hervor, dass sich das Projekt nicht gegen die konventionelle Landwirtschaft richte, sondern zu einer Verbesserung der Situation beitrage. Er bittet um einen Zwischenbericht in 1,5 Jahren.

Frau Grap (B'90/Grüne) bedankt sich ebenfalls und hebt die Wichtigkeit der Vernetzungsplattform hervor. Sie sieht in dem Projekt eine große Chance für die Landwirtschaft, da so die Produkte in die Außerhausgastronomie kommen und Wertschöpfungsketten eingehalten werden. Außerdem weist sie auf die gesundheitlichen Vorteile für Kinder und Jugendliche hin.

Frau Nienkemper (FWG) hebt hervor, dass die konventionelle Landwirtschaft nicht außer Acht gelassen werden dürfe, da diese einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung leiste. Sie ergänzt, dass es wichtig sei, Netzwerk auszubauen und das Thema gesunde Ernährung in den Fokus zu stellen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Dr. Kanand, dass es sich bei den Regionalautomaten Volksbank um Verkaufsautomaten handele, die in den Vorräumen der Volksbanken aufgestellt werden.

Frau Rabe ergänzt, dass 1,7 Prozent der Betriebe Ökobetriebe seien und 2 % der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch genutzt werden. Sie fügt hinzu, dass auch die konventionell landwirtschaftlichen Betriebe die Strukturen nutzen können.

Herr Gutsche (CDU) hebt ebenfalls die Wichtigkeit des Miteinanders der ökologischen und konventionellen Landwirtschaft hervor.

Dem schließt sich Herr Schmedding (CDU) an und betont, dass die Vielfalt in der Landwirtschaft wichtig sei. Es solle das Miteinander gefördert und die bestehenden Strukturen weiterentwickelt werden.

Herr Budde (CDU) fügt hinzu, dass es sich bei ökologischer Landwirtschaft um eine Nische handle und auch in der konventionellen Landwirtschaft sehr gute Produkte hergestellt werden. Er ergänzt, dass alles freiwillig bleiben müsse und auch Kitas und Schulen die Unterschiede kennenlernen müssten. Das Ganze müsse bezahlbar bleiben. Die Stärkung der regionalen Produkte solle Ziel sein. Er gibt zu bedenken, dass es eine große Herausforderung sei, der Gastronomie und den Großküchen die entsprechenden Mengen regionaler Produkte zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Blex (AfD) betont, dass Bio-Produkte nicht unbedingt gesünder als konventionell hergestellte Produkte seien und die konventionelle Landwirtschaft seit Jahren die Bevölkerung zu kostengünstigen Preisen ernähre. Er ergänzt, dass es keinen Zwang geben dürfe und die Freiwilligkeit im Fokus stehen müsse.

Frau Maschelski-Werning (SPD) schlägt einen Besuch des Ausschusses auf dem Schulbauernhof Emshof in Telgte vor.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5.	Geothermie im Münsterland - Ergebnisse der seismischen Untersuchungen	031/2023
-----------	--	-----------------

Herr Schäfer vom Geologischen Dienst stellt anhand der beigefügten Präsentation die Ergebnisse der Seismischen Untersuchungen zur Geothermie im Münsterland vor.

Er erklärt wie die seismischen Untersuchungen durchgeführt worden sind. Ziel sei die Verbesserung der Datenlage gewesen. Herr Schäfer ergänzt, dass die einzelnen Regionen nun die Ergebnisse zur Erstellung eigener Nutzungskonzepte verwenden können.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich für den Vortrag und nennt Zahlen aus einer Präsentation von Herrn Leonhard Thien vom Fraunhoferinstitut IEG und Bundesverband Geothermie. Demnach werde in Deutschland in 48 Prozent der Haushalte mit Erdgas, in 25 Prozent mit Öl, in 13,9 Prozent mit Fernwärme, in 4,5 Prozent mit Strom und in 7,5 % mit sonstigen Heizsystemen (Flüssiggas, Holz, Pellets, etc.) geheizt. Er erklärt, dass das Fraunhoferinstitut große Potenziale für die Nutzung von Geothermie in Deutschland sehe.

Herr Gutsche führt weiter aus, dass z.B. die Stadtwerke Ostmünsterland auch derzeit bereits überlegen würden, wie man das bestehende Erdgasnetz künftig nutzen könnte. Das könnten u.a. Nutzungen für Wasserstoff oder Fernwärme sein.

Herr Ommen (SPD) bedankt sich für den Vortrag und erklärt, dass die vorliegenden Daten nachvollziehbar seien und auch im Regionalrat thematisiert wurden. Herr Ommen betont, dass es ein wesentlicher Ansatz sei, sich mit alternativen Wärmequellen zu beschäftigen. Er ergänzt, dass dieses nur im Verbund geleistet werden könne und der Kreis eine übergeordnete Rolle einnehmen müsse. Die Sicherung der Gebiete müsse frühzeitig erfolgen und Förderanträge rechtzeitig gestellt werden.

Herr Schäfer hebt hervor, dass insbesondere interkommunale Förderanträge stärker gefördert werden sollen.

Daraufhin ergänzt Herr Schmedding (CDU) dass das Thema auch über die Kreisgrenzen hinaus besetzt werden müsse, da ein Investment im größeren Umfang erforderlich sei. Er weist auf das aufwendige bergbaurechtliche Genehmigungsverfahren hin.

Frau Nienkemper (FWG) bedankt sich ebenfalls und hebt die Geothermie als wichtigen Meilenstein hervor. Es sei wichtig, dass das Thema Fracking nicht Bestandteil der Geothermie sei, da hierfür die Akzeptanz in der Bevölkerung fehle. Zudem weist Sie auf den wichtigen Aspekt des Bergbaus und die Nutzung des vorhandenen Know-hows hin.

Herr Dr. Blex (AfD) wirft ein, dass er es als problematisch ansehe die Bohrungen bei 1000 Metern stabil zu halten und erfragt, ob die Stadt Münster vom Flächenpotenzial her in der Lage sei, die dichtbesiedelte Stadt zu versorgen.

Herr Schäfer nennt beispielhaft die Stadt München, die drei oder vier Wärmepotenziale nutze. Er ergänzt, dass die Stadt Unterhaching gute Voraussetzungen habe und kein großes Feld benötige um Erdwärme zu nutzen. Zudem erklärt er, dass dort, wo das Wasser wieder abgeführt werde, ein leichter Kühlungseffekt entstehe, der sich aber schnell wieder erwärme.

Herr Budde (CDU) erklärt, dass die normalen Tiefenbohrungen unter 100 Meter häufiger durchgeführt werden und erkundigt sich, ob diese privaten Bohrlöcher dann trockengelegt würden.

Herr Schäfer betont, dass dieses kein Problem darstelle, da die Bohrungen in geringerer Tiefe mit den Sonden, die für die Geothermie eingesetzt werden, nicht in Berührung kämen.

Herr Gutsche (CDU) betont, dass es nicht dazu kommen dürfe, dass sich andere Städte oder Kreise die Flächenpotenziale im Kreis sichern und die Nutzung innerhalb des Kreises somit ausgeschlossen werde. Er ergänzt, dass es wichtig sei, Explorationsrechte zur Nutzung im Kreis Warendorf zu sichern.

Herr Schäfer erklärt daraufhin, dass es grundsätzlich möglich sei, Flächen zu sichern, wenn ein Konzept vorgelegt werde. Allerdings könne Erdwärme nicht weit transportiert werden. Er betont die Wichtigkeit der Partnersuche, damit größere Unternehmen den Kommunen die Erdwärme anbieten könnten. In Bayern habe der „Run“ auf die Felder begonnen als sich erste Erfolge einstellten.

Herr Budde (CDU) fügt hinzu, dass in Bayern bereits ganze Ortschaften mit Erdwärme versorgt werden können.

Herr Gutsche (CDU) regt an, die kommunalen Akteure zusammenzubringen, damit Potenziale erschlossen und somit die Möglichkeiten genutzt werden können, um zu den 100 Projekten zu gehören, die von einer Förderung profitieren können.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion "ÖPNV im ländlichen Raum, Ausbildung von Busfahrern"	109/2023
-----------	--	-----------------

Herr Gutsche führt in das Thema ein und begrüßt Herrn Brokinkel von der RVM.

Herr Terwey erläutert den Antrag der CDU und erklärt, dass ein Teil der Fragen im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung am 16.05.23 beantwortet werde.

Herr Brokinkel erläutert, dass in allen Bereichen Fahrpersonal gesucht werde und bei der RVM zum Teil Kollegen aus der Verwaltung und der Leitstelle einspringen um Fahrtenausfälle im großen Umfang zu vermeiden. Somit wäre allerdings das gesamte Personal derzeit stark belastet. Er berichtet, dass die RVM bereits seit 10 Jahren die Ausbildung zur Fachkraft im Fahrbetrieb anbiete. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft liege bei über 50 Jahren. Herr Brokinkel erklärt, dass die Rekrutierung derzeit ein großes Problem darstelle und die Subunternehmer die gleichen Probleme hätten.

Insgesamt seien die Einstellungsvoraussetzungen angepasst worden, damit überhaupt noch eine Möglichkeit bestehe Personal zu gewinnen.

Anhand der beigefügten Präsentation, erklärt er, welche Bestrebungen die RVM unternimmt um Fahrpersonal zu gewinnen und gibt einen kurzen Einblick in den Ablauf der Ausbildung. Er weist daraufhin, dass ein Fahr Simulator angeschafft wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Gutsche (CDU), wie es gelingen könne, das entsprechende Klientel von dem Beruf zu überzeugen, erklärt Herr Brokinkel, dass dieses durch persönliche Ansprache erfolge und die RVM den Kontakt zur Bundesagentur und zum Jobcenter pflege.

Herr Terwey zeigt dem Ausschuss einen Beitrag über eine erfolgreiche Qualifizierungsmaßnahme zur Busfahrerin, der am 21.02.2023 in der Aktuellen Stunde ausgestrahlt wurde.

Hinweis: Der Beitrag ist unter folgendem Link zu finden:

<https://www.ardmediathek.de/video/lokalzeit-muensterland/erfolgreicher-kampf-gegen-busfahrerinnen-man-gel/wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTdmNjg1NDRjLTViNjUtNDkyOS04MDQ2LTY1YmIxNzk0YTE2OQ>

Anschließend weist Herr Brokinkel daraufhin, dass die Mitarbeiterin, über die im Beitrag berichtet wurde, einen Arbeitsvertrag erhalten habe und auf dem Betriebshof in Beckum tätig sei.

Auf Nachfrage von Frau Maschelski-Werning (SPD) erklärt Herr Brokinkel, dass die RVM die Ausbildungsmöglichkeiten auch in den Schulen und auf kleineren Berufsbildungsmessen vorstelle, wenn sie von der Veranstaltung Kenntnis erhalte.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erklärt Herr Brokinkel, dass dieses ein grundsätzliches Problem sei, da gerade zu Spitzenzeiten auch der Bedarf der Kin-

derbetreuung bei den MitarbeiterInnen hoch sei. Er betont jedoch, dass die Dienstpläne bereits 13 Wochen im Voraus bekanntgegeben werden. Auch dieses sei ein Beitrag um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

Frau Nienkemper (FWG) bedankt sich bei Herrn Brokinkel und wünscht der RVM viel Erfolg für die Personalrekrutierung. Zudem erkundigt sie sich nach der Möglichkeit zur Beschäftigung von Schwerbehinderten.

Herr Brokinkel erklärt, dass das bei Vorliegen der Fahrdiensttauglichkeit grundsätzlich möglich sei.

Frau Grap (B'90/Grüne) bedankt sich ebenfalls und hebt hervor, dass das der gezeigte Beitrag ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Qualifizierungsmaßnahme sei und zeige, dass gerade im Bereich der Migranten und Frauen noch Potenzial vorhanden sei um Personal zu gewinnen. Sie hebt hervor, dass Fahrpersonal in anderen Ländern ein höheres Ansehen habe.

Herr Brokinkel bedauert, dass die Anerkennung des Berufes in Deutschland nachgelassen habe.

Herr Schmedding (CDU) stellt heraus, dass das Jobcenter gefordert sei Personal rekrutieren. Das Image des Berufes müsse verbessert werden. Er betont, dass es wichtig sei, dass das Thema weiter im Fokus stehe. Zudem bedankt er sich bei Herrn Brokinkel, dass die Einwohner im Kreis Warendorf täglich von der Leistung der MitarbeiterInnen im ÖPNV profitieren.

Herr Lorenz (FDP) schließt sich dem Dank an und betont, dass es in allen Bereichen Fachkräftemangel gebe. Zudem ist er der Meinung, dass ein Bruttogehalt von 2.500 Euro nicht zur Attraktivitätssteigerung des Berufes beitrage. Es gelte die Bezahlung der Fachkräfte im Fahrdienst zu verbessern.

Daraufhin erklärt Herr Brokinkel, dass zur Fachkräftegewinnung nun die Möglichkeit bestehe, eine andere Erfahrungsstufe bei der Einstellung anzubieten. Allerdings stehe die RVM in der Konkurrenz mit privaten Busunternehmen. Er zeigt auf, dass es nach einer Ausbildung zur Fachkraft im Fahrbetrieb auch ohne Studium weitere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten gebe. Als Beispiele nennt er Tätigkeiten im Innendienst, als Fachwirt oder als Betriebsleiter.

Frau Maschelski-Werning (SPD), regt an, dass die Ausschussmitglieder bei Gelegenheit den Betriebshof besuchen sollten, um so die Wertschätzung für die Beschäftigten zu zeigen.

Zum Abschluss betont Herr Gutsche (CDU) dass der Kreis gegebenenfalls zusätzliche Sprachkurse finanzieren müsse, falls dieses notwendig sein sollte

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Gutsche um 12.00 Uhr die Sitzung.

gez.

Guido Gutsche
Vorsitzender

gez.

Dr. Herbert Bleicher
Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt